Die Deutsche Demokratische Republik im Vereinigungsprozeß	
Markus Meckel	216
Podium	
Gerd Poppe	227
Ulrich Irmer	232
Diskussion	234
Anlagen	
1 – Fred Oldenburg: Sowjetische Deutschlandpolitik (Schriftliche Vorlage)	245
2 – Dieter Bingen: Die Politik Polens und anderer ostmitteleuropäischer Staaten im deutschen Vereinigungsprozeß (Schriftliche Vorlage)	261
3 – Markus Meckel: Die DDR im Vereinigungsprozeß (Schriftliche Vorlage)	288

Vorsitzender Siegfried Vergin: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich heiße Sie an diesem Montagmorgen zur öffentlichen Anhörung unserer Enquete-Kommission herzlich willkommen. Besonders dankbar begrüße ich diejenigen unter Ihnen, die sich bereit gefunden haben, uns im Laufe des Tages ihre Erkenntnisse vorzutragen und sich dazu von der Kommission befragen zu lassen.

Das Thema der heutigen Anhörung läßt niemanden von uns unberührt. „Handlungsspielräume deutscher und internationaler Akteure im Vereinigungsprozeß“. So das Thema. Hinter dieser distanziert-rationalen Formulierung verbirgt sich das auf ein knappes Jahr zusammengedrückte dramatische Geschehen der Vereinigung Deutschlands nach 40 Jahren Teilung und Trennung – eine „unerhörte Begebenheit“ in der Tat, die nicht wenigen – und das sind nicht die Dümmeren unter uns – noch immer als ein wahres Wunder vorkommt. Aber so unverhofft und sich dem Glücke verdankend dieses Wunder auch erscheinen mag – es hatte Ursachen, es bedurfte der Förderung, und es mußten Widerstände überwunden werden; mit einem Wort: Das Wunder kam wie alles nicht von selbst. Dem Geflecht von Ursachen und Aktionen wollen wir heute nachspüren.

Wir alle waren damals atemlose Zeitzeugen. Auch dem diplomatischen Laien blieb nicht verborgen, daß die internationale Ermöglichung der deutschen Einheit, allgemein als Zwei-plus-Vier-Prozeß bekannt, ein diplomatisches Meisterstück war, das den Beteiligten ein außerordentliches Maß an Zielbewußtheit, Energie, Geschicklichkeit und Geistesgegenwart abverlangte. Namen werden im Laufe des Tages noch genannt werden – ich möchte hier nur als

Laie meine Bewunderung für die Diplomatie als Handwerk zum Ausdruck bringen und finde, daß dieser Aspekt nicht ungewürdigt bleiben soll.

Doch bevor die internationale Diplomatie beginnen konnte, mußten neue, grundstürzende Tatsachen gesetzt werden. Diese Tatsachen schufen die Menschen in der DDR.

Der damalige französische Staatspräsident François Mitterrand hat später, im Herbst 1995, im Rückblick auf die Ereignisse von 1989/90 gesagt: „Die Frage war, ob die Wiedervereinigung unausweichlich war und ob man sie hätte verhindern können. Sicherlich wäre für uns Franzosen ein Deutschland von 60 Millionen ungefährlicher gewesen als eine Nation mit 80 Millionen. Es wäre uns lieber gewesen, Deutschland geteilt zu halten. Aber niemand konnte das durchsetzen. Nicht die Supermächte. Nicht das ostdeutsche Militär. Es war kein Putsch. Es gab keine Unruhen. Die Mauer fiel einfach. Es war eine Volksrevolution, in der gewöhnliche Menschen der ganzen Welt ihre Meinung aufzwingen.“

Um bei der Reihenfolge zu bleiben: Am Anfang stand die demokratische Revolution. Sie fand ihren Ausdruck in dem – wenn man das sagen darf – gewitzten demokratischen Urschrei: Wir sind das Volk. „Gewitzt“ deshalb, weil die Betonung auf dem „Wir“ lag und soviel besagte wie: *Wir* sind das Volk und nicht ihr. Das traf die Herrschenden ins Mark, denn sie hatten immer behauptet, sie seien eins mit dem Volk, sie handelten für und durch das Volk. *Wir* sind das Volk sagte: Wir nehmen unsere Sache selbst in die Hand, ihr habt uns im Namen des Volkes nichts mehr zu sagen, auf uns könnt ihr euch nicht berufen.

Das Volk reklamierte seine Souveränität, und die bis dahin allmächtige Staatspartei mußte von ihrem Podest heruntersteigen, ihren Monopolanspruch auf die Macht, besser gesagt: ihre Usurpation der Macht, aufgeben, sie mußte freie, gleiche und geheime Wahlen zulassen.

Das Volk in der DDR hat die SED-Diktatur abgeschüttelt. Das war die entscheidende Voraussetzung für die nationale Selbstbestimmung, die der demokratischen folgte und die sich in dem Satz: „Wir sind *ein* Volk“ niederschlug. Am 18. März 1990 erhielten die Parteien die Mehrheit, die für eine Vereinigung mit der Bundesrepublik eintraten. Die Wahlbeteiligung betrug 93,39 Prozent. Eine Zahl, auf die Demokraten lange warten werden.

Die demokratische Legitimation der deutschen Einigung können nur Nichtdemokraten bezweifeln, darunter solche, die sich weiterhin unfehlbar und berechtigt wähnen, die Menschen notfalls zu ihrem Glück zu zwingen, oder auch solche, die dem Volk eine vernünftige Entscheidung in eigener Sache einfach nicht zutrauen.

Natürlich kam die demokratische Revolution in der DDR nicht von ungefähr. Ihr gingen längerfristig und kurzfristig internationale und interne Entwicklungen voraus – bei den letzteren denke ich etwa an Gorbatschow oder an die

Ausreisebewegung vom Sommer 1989. Sie erklären, warum die Revolution erst jetzt und nicht etwa schon früher eintrat, aber es bleibt doch dabei: Die Volksrevolution, wie Mitterrand sie nannte, stieß das Tor zum Vereinigungsprozeß auf.

Eine weitere unerläßliche Bedingung für dessen Gelingen will ich hier anfügen. Unsere Vorgängerkommission schrieb dazu in ihrem Bericht 1994 folgendes: „Ohne ein gesamtdeutsches Nationalbewußtsein wäre 1990 nicht binnen weniger Monate die Vereinigung zustande gekommen. Die Nation ergriff die Gelegenheit auf beiden Seiten der Grenze, und jede Seite tat das Ihrige: die 'Kundgebungsdemokratie' in der DDR vom Herbst und Winter 1989/90 machte dem SED-Regime ein Ende, sorgte für eine aus demokratischen Wahlen hervorgegangene Regierung und ein Programm der Vereinigung durch Beitritt zur Bundesrepublik; Bundesregierung und Bundestag trugen den Druck und das Ergebnis dieser 'Revolution von unten' an die internationalen Verhandlungstische, wo sie zusammen mit der ersten demokratischen Regierung der DDR die Zustimmung der Völkergemeinschaft zur Vereinigung Deutschlands erreichten. Über Jahrzehnte der Trennung war offenbar ein elementares Gefühl und Bewußtsein der gegenseitigen Zugehörigkeit erhalten geblieben, das unmittelbar in Vertrauen auf der einen und Verantwortungsübernahme auf der anderen Seite mündete. Eine Art Feindbild, das die Einstellung zu den Menschen im anderen Teil Deutschlands geprägt hätte, konnte sich nie entwickeln. Die große Mehrheit der Westdeutschen hat 1990 die Einheit gewollt und das Handeln von Bundestag und Bundesregierung mit Zustimmung begleitet.“

So wahr und richtig das ist – es stimmt aber auch, daß die Deutschen beiderseits der Grenze vom Zusammenbruch der DDR und der anschließenden Vereinigung überrascht wurden. Ich betone: beiderseits der Grenze.

Unsere Vorgängerkommission hat sich auch diesen Kopf schon zerbrochen und ist zu dem Ergebnis gelangt: „Der Grund für die in West- und Ostdeutschland gleichermaßen verbreitete Prognoseschwäche dürfte hauptsächlich darin zu suchen sein, daß nach über vierzig Jahren Sowjetherrschaft sich kaum jemand mehr vorstellen konnte, die UdSSR werde ihre im Zweiten Weltkrieg errungene Vormachtstellung bis an die Elbe ohne Zwang von außen aufgeben; auch ist die dramatische Veränderung der sowjetischen Staatsraison durch Gorbatschow zunächst kaum begriffen worden. Generell wurde die Stabilität des östlichen Systems überschätzt, von den meisten, die in ihm lebten, ebenso wie von der Außenwelt. Dabei mag ein gerüttelt Maß an Einschüchterung mit im Spiele gewesen sein, die das 'realsozialistische' Machtsystem nach innen wie nach außen, bei Freund und Feind, zu verbreiten verstand. Ein weiterer wichtiger Faktor, der ihm half, seine Schwäche zu verbergen, war seine hochentwickelte Fähigkeit zur Geheimhaltung.“

Ich will nicht behaupten, dies sei der Weisheit letzter Schluß, aber der Hinweis auf die Einschüchterung scheint mir doch bedenkenswert. Wer gibt schon gerne zu, daß er sich hat einschüchtern lassen, also ein Hasenfuß war und sich dadurch in seinem Wahrnehmungsvermögen hat trüben lassen. Und doch, scheint

mir, sollten wir diese Einsicht, gerade weil sie so banal ist und uns alle eben nicht mit Ruhm bekleckert, nicht verdrängen.

Ich habe nun schon zweimal Passagen aus dem Abschlußbericht unserer Vorgängerkommission zitiert. Sie hat sich ausgiebig mit der Deutschlandpolitik, hauptsächlich der Bundesregierungen zwischen 1949 und 1989, befaßt. Für das heutige Thema ist das Fazit nicht unerheblich, das sie im Hinblick auf den Einigungsprozess zog: „Im Einigungsprozess wirkten auf staats- und völkerrechtlicher Ebene zwei Grundscheidungen aus vier Jahrzehnten Deutschlandpolitik zusammen: die mit den Westmächten auf der Basis des Deutschlandvertrages gemeinsame Verpflichtung auf das Ziel der 'Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit' und die nach dem Grundlagenvertrag verankerte deutsche Zweistaatlichkeit. Das ersparte einerseits Deutschland Friedensvertragsverhandlungen und sicherte ihm die Unterstützung der Westmächte für die Ausübung seines Rechts auf innere und äußere Selbstbestimmung; andererseits erlaubte es der Sowjetunion eine würdewahrende Verabschiedung der DDR und gewährte den Deutschen in der DDR bei Ausübung ihres Rechts auf nationale Selbstbestimmung in Verbindung mit Artikel 23 Grundgesetz über den Einigungsvertrag Schutz vor westdeutscher Majorisierung.“

Lange Sätze und schwierige Gedanken. Doch der Sinn ist einfach: Konrad Adenauer und Willy Brandt haben je auf ihre Weise die wesentlichen Beiträge zur Deutschlandpolitik der alten Bundesrepublik geleistet. Auf ihnen konnte der Einigungsprozess aufbauen, nachdem das Volk in der DDR sich seine Souveränität erobert hatte. Die Vereinigung vollzog sich in Frieden und Freiheit und mit dem Einverständnis unserer Nachbarn. Soviel Verdienste sich einzelne dabei auch erworben haben, Glück war auch dabei.

Meine Damen und Herren, ich darf jetzt dem ersten Referenten des heutigen Tages das Wort erteilen. Herr Professor Dr. Gregor Schöllgen vom Historischen Institut der Universität Erlangen spricht zu dem Thema: Die Internationalen Rahmenbedingungen der deutschen Einheit und ihre Auswirkungen auf die Handlungsspielräume beider deutschen Staaten in der Vereinigungsphase. Die anschließende Diskussion wird das sachverständige Mitglied unserer Kommission, der inzwischen eingetroffene Herr Professor Dr. Manfred Wilke, moderieren. Zunächst bitte ich Sie, Herr Professor Schöllgen, um Ihren Beitrag.

Prof. Dr. Gregor Schöllgen: Vielen Dank Herr Vorsitzender. Meine Damen und Herren, ich danke für die ehrenvolle Einladung, diese neue Runde der Enquete-Kommission eröffnen zu dürfen und beginne in Abwandlung einer bekannten deutschen Spruchweisheit mit der Erkenntnis, daß Mythen lange Beine haben. Einige überleben sogar tiefgreifende Zäsuren wie den weltpolitischen Umbruch der ausgehenden 80er und beginnenden 90er Jahre: Hartnäckig hält sich das Gerücht, die deutsche Einheit sei zwischen dem Ende des Zweiten Weltkrieges und dem Fall der Mauer ein Thema der internationalen Politik gewesen. Das war sie nicht.